



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



6694/13

(OR. en)

PRESSE 66

PR CO 10

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3224. Tagung des Rates

Verkehr, Telekommunikation und Energie

Brüssel, den 22. Februar 2013

Präsident **Pat RABBITTE**
Minister für Kommunikation, Energie und Naturressourcen
(Irland)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat hat eine öffentliche Orientierungsaussprache über den Entwurf einer Richtlinie über **indirekte Landnutzungsänderungen** geführt, mit der die Richtlinien über die Kraftstoffqualität und über erneuerbare Energien geändert werden sollen und der Übergang zu Biokraftstoffen, durch die sich Einsparungen an Treibhausgasemissionen erreichen lassen, gefördert werden soll.*

*Der Rat hat ferner eine Orientierungsaussprache über eine Mitteilung der Kommission mit dem Titel "**Ein funktionierender Energiebinnenmarkt**" geführt, wobei er sich insbesondere mit den Fragen der Vollendung des Energiebinnenmarkts bis 2014 und der Beteiligung der Verbraucher befasste.*

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

INDIREKTE LANDNUTZUNGSÄNDERUNGEN	6
--	---

ENERGIEBINNENMARKT	7
--------------------------	---

EUROPÄISCHES SEMESTER 2013	8
----------------------------------	---

SONSTIGES	9
-----------------	---

Sicherheit von Offshore-Aktivitäten	9
---	---

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE*IM SCHRIFTLICHEN VERFAHREN ANGENOMMENE RECHTSAKTE*

– Überarbeitung des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)	10
--	----

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER**Belgien:**

Melchior WATHELET

Staatssekretär für Umwelt, Energie und Mobilität, der Ministerin des Innern beigeordnet, und Staatssekretär für Institutionelle Reformen, dem Premierminister beigeordnet

Bulgarien:

Petia VASSILEVA

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Tschechische Republik:

Pavel SOLC

Stellvertretender Minister für Energie

Dänemark:

Martin LIDEGAARD

Minister für Klima, Energie und Bauwesen

Deutschland:

Stefan KAPFERER

Staatssekretär

Estland:

Clyde KULL

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Irland:

Patrick RABBITTE

Minister für Kommunikation, Energie und Naturressourcen
Staatsminister

Fergus O'DOWD

Griechenland:

Asimakis PAPAGEORGIOU

Staatssekretär für Umwelt, Energie und Klimawandel

Spanien:

José Pascual MARCO MARTINEZ

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Frankreich:

Delphine BATHO

Ministerin für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Energie

Italien:

Claudio DE VINCENTI

Staatssekretär für Wirtschaftsentwicklung

Zypern:

George ZODIATES

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Lettland:

Daniels PAVĻUTS

Minister für Wirtschaft

Litauen:

Jaroslav NEVEROVIČ

Minister für Energie

Luxemburg:

Etienne SCHNEIDER

Minister für Wirtschaft und Außenhandel

Ungarn:

Attila Imre HORVÁTH

Unterstaatssekretär für die Entwicklung der ökologischen Wirtschaft, Klimapolitik und zentrale öffentliche Dienstleistungen, Ministerium für nationale Entwicklung

Malta:

Patrick R. MIFSUD

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Niederlande:

Derk OLDENBURG

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Österreich:

Harald GÜNTHER

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Polen:

Andrzej DYCHA

Unterstaatssekretär

Portugal:

Artur TRINDADE

Staatssekretär für Energie

Rumänien:

Constantin NIȚĂ

Beigeordneter Minister für Energie

Slowenien:

Uroš VAJGL

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Slowakei:

Dušan PETRÍK

Staatssekretär für Energie und Verkehr

Finnland:

Marja RISLAKKI

Staatssekretärin

Schweden:

Anna-Karin HATT

Ministerin für Energie und Informationstechnologie

Vereinigtes Königreich:

Ed DAVEY

Staatssekretär

Kommission:

Günther OETTINGER

Mitglied

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Irena ANDRASSY

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

ERÖRTERTE PUNKTE

INDIREKTE LANDNUTZUNGSÄNDERUNGEN

Der Rat führte eine öffentliche Orientierungsaussprache über den Entwurf einer Richtlinie über indirekte Landnutzungsänderungen, mit der die Richtlinien über die Kraftstoffqualität (98/70/EG) und über erneuerbare Energien (2009/28/EG) geändert werden sollen. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie soll der Übergang zu Biokraftstoffen gefördert werden, durch die sich wesentliche Einsparungen an Treibhausgasemissionen erreichen lassen. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden die Richtung für die weiteren Beratungen über diesen Vorschlag vorgeben.

Die Minister wurden gebeten, zu zwei Fragen des Vorsitzes ([6208/13](#)) Stellung zu nehmen, nämlich erstens, ob mit dem Richtlinienentwurf die darin gesetzten Ziele, d.h. die Emissionen infolge indirekter Landnutzungsänderungen anzugehen und den Übergang zu fortschrittlichen Biokraftstoffen zu fördern, in ausreichendem Maße erreicht werden, und zweitens, ob der Vorschlag dazu beiträgt, dass die bestehenden energie- und klimapolitischen Ziele der EU verwirklicht werden.

Diese beiden Fragen werden auch als Grundlage für die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Umwelt) am 21. März 2013 dienen. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat im Dezember 2012 beschlossen, eine Ad-hoc-Gruppe "Indirekte Landnutzungsänderungen" einzusetzen, um sicherzustellen, dass die beiden Richtlinien in schlüssiger und abgestimmter Weise geändert werden.

Der Rat und das Europäische Parlament hatten die Kommission bei der Annahme der Richtlinien gebeten, die negativen Auswirkungen auf die Einsparungen an Treibhausgasemissionen zu prüfen, die sich aus Landnutzungsänderungen ergeben könnten, und erforderlichenfalls einen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen. Ziel des Richtlinienentwurfs ist es, jene Treibhausgasemissionen auf ein Mindestmaß zu verringern, die darauf zurückzuführen sind, dass ehemalige nicht landwirtschaftliche Flächen (z.B. Wälder) für die Lebensmittel-, Futtermittel- und Textilfaserproduktion genutzt werden, da landwirtschaftliche Flächen, die zuvor dieser Art der landwirtschaftlichen Produktion vorbehalten waren, für Zwecke der Biokraftstoffherstellung umgewidmet werden.

Der Richtlinienentwurf war von der Kommission im Oktober 2012 vorgelegt worden ([15189/12](#)). Das Ziel des Kommissionsvorschlags besteht darin, den Übergang zu Biokraftstoffen einzuleiten, mit denen sich erhebliche Treibhausgaseinsparungen erreichen lassen; hierzu sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Begrenzung des Beitrags konventioneller Biokraftstoffe zur Erfüllung der Ziele der Richtlinie über erneuerbare Energien;
- Verbesserung der Treibhausgasbilanz der Biokraftstoff-Herstellungsverfahren;
- Förderung einer größeren Marktdurchdringung fortschrittlicher Biokraftstoffe;
- Verbesserung der Meldung von Treibhausgasemissionen dadurch, dass die geschätzten Emissionen gemeldet werden, die auf indirekte Landnutzungsänderungen aufgrund von Biokraftstoffen zurückgehen.

Die Abstimmung im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments ist für Juli 2013 angesetzt.

ENERGIEBINNENMARKT

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die Mitteilung mit dem Titel "Ein funktionierender Energiebinnenmarkt", die die Kommission auf einer Ratstagung im Dezember 2012 vorgestellt hatte ([16202/12](#)).

Die Minister befassten sich mit zwei zentralen Fragen, und zwar der Vollendung des Energiebinnenmarkts bis 2014 und der Beteiligung der Verbraucher ([6221/13](#)). Diese Aussprache wird einen Beitrag zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates zum Thema Energie am 22. Mai 2013 sowie zu den Schlussfolgerungen des Rates leisten, die auf der Junitagung des Rates (Energie) angenommen werden sollen.

In der Kommissionsmitteilung werden erneut die Vorteile integrierter europäischer Energiemärkte hervorgehoben und es wird dargelegt, wie sichergestellt werden kann, dass das Potenzial des Marktes so schnell wie möglich genutzt und die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger und Unternehmen in der EU erfüllt werden. Die Mitteilung umfasst einen Vorschlag für einen Aktionsplan zur Gewährleistung eines erfolgreich funktionierenden Energiebinnenmarktes.

EUROPÄISCHES SEMESTER 2013

Der Rat befasste sich im Lichte des Jahreswachstumsberichts mit dem Europäischen Semester 2013.

Im Jahreswachstumsbericht 2013 ([16669/12](#)) werden die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten für die EU herausgestellt und den Mitgliedstaaten und der EU eine allgemeine Richtschnur für die Durchführung ihrer Politik vermittelt. Das Europäische Semester ist der Zyklus der Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Rahmen der Strategie Europa 2020 für Beschäftigung und Wachstum.

Die Minister wurden gebeten, sich vorrangig mit den wesentlichen Hindernissen für das Erreichen der energiepolitischen Ziele der Strategie Europa 2020 sowie mit den Maßnahmen im Energiesektor zu befassen, die das größte Potenzial zur Steigerung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit aufweisen ([6292/13](#)).

Der Vorsitz wird dem Europäischen Rat den Beitrag des Rates (Energie) als Teil der Synthesberichte der verschiedenen unmittelbar an der Strategie Europa 2020 beteiligten Ratsformationen auf dem Frühjahrsgipfeltreffen am 14./15. März 2013 vorlegen.

Die energiepolitischen Ziele, die die EU im Rahmen der Strategie Europa 2020 festgelegt hat, nämlich die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Energieendverbrauch um 20 % und die angestrebte Verbesserung der Energieeffizienz um 20 %, zählen (neben dem Ziel einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen) zu den fünf Kernzielen, die der Europäische Rat 2010 für die Gesamtstrategie Europa 2020 vereinbart hat.

SONSTIGES**Sicherheit von Offshore-Aktivitäten**

Der Vorsitz hat den Rat über die vorläufige Einigung mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag zur Sicherheit von Offshore-Erdöl- und -Erdgasaktivitäten unterrichtet ([6105/13](#)). Der Vorschlag zielt darauf ab, das Risiko eines schweren Offshoreunfalls in EU-Gewässern zu verringern und die Folgen zu begrenzen, falls sich ein solcher Unfall dennoch ereignen sollte. Der letzte informelle Trilog fand am 21. Februar 2013 statt und der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird diese vorläufige Einigung am 27. Februar eingehend prüfen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**IM SCHRIFTLICHEN VERFAHREN ANGENOMMENE RECHTSAKTE****Überarbeitung des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)**

Der Rat hat im schriftlichen Verfahren, das am 22. Februar 2013 abgeschlossen wurde, den Standpunkt festgelegt, den die EU hinsichtlich der Vorschläge zur Überarbeitung des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) zu vertreten ist ([5826/13](#)). Die EU beabsichtigt, in der UNECE-Sachverständigengruppe für das AETR folgende drei Änderungen vorzuschlagen:

- Es sollte ein Verwaltungsausschuss im Rahmen der UNECE eingesetzt werden, der mit der Festlegung der technischen Spezifikationen des **Fahrtenschreibers** für den Straßenverkehr für den gesamten AETR-Raum beauftragt wird, so dass eine gesamteuropäische harmonisierte Umsetzung der neuen Vorschriften zum digitalen Fahrtenschreiber möglich wird, die die EU in Kürze erlassen will.
- Der **Beitritt zum AETR** sollte nicht nur den Staaten, sondern auch den Organisationen der regionalen Integration offen stehen, so dass einem künftigen Beitritt der EU nichts im Wege steht.
- Die AETR-Vertragsstaaten sollten nationale elektronische **Register für Fahrerkarten** anlegen und deren Zusammenschaltung sicherstellen, damit eine wirksamere Kontrolle der Fahrerkarten im AETR-Raum gewährleistet ist.